

Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 9+10/2025



**Vivre Espoir – Ein Projekt
für Menschen auf der Flucht**
Hans-Joachim Schwabe > 8

**Kirchen als Akteure
der Klimaanpassung**
Astrid Hake > 10

Der EAK ehrt Altbundespräsident Joachim Gauck

Christian Meißner > 3



Liebe Leserin, lieber Leser,

mit großer Sorge erleben wir auch in den **freiheitlichen Demokratien des Westens** die Zunahme gesellschaftlicher Polarisierungen, den Anstieg brutaler Gewalt in Wort und Tat und von ideologischen **Kulturkämpfen**. Die politische Diskurs-Kultur scheint immer mehr zu verrohen.

Auch der christliche Glaube wird leider zunehmend in problematischer und toxischer Weise gebraucht: Statt Frieden, Liebe, Mitgefühl und Versöhnung zu fördern, wird der Name Christi für Spaltung, Ausgrenzung und Hass missbraucht. **Das tödliche Attentat auf Charlie Kirk in Utah (USA)** ist durch nichts zu rechtfertigen. Ein Mensch wurde rücksichtslos ermordet. Der Familienvater hinterlässt seine Frau mit seinen Kindern. Die hinterbliebene Ehefrau beeindruckte in ihrer Ansprache in der Trauerfeier mit einer Absage an Hass und warb für die Liebe.

Erschreckend ist auf der einen Seite die Empathielosigkeit mancher linker Akteure, die in pietätloser und menschenverachtender Weise noch posthum Hass und Häme über den ermordeten rechtspopulistischen Politiker ausschütten. Auf der anderen Seite steht die anmaßende Veranstaltung der Selbsterhöhung der zunehmend rechtspopulistischen MAGA-Bewegung („Make-America-Great-Again“), die, mit maximaler und kühl kalkulierter Unterstützung des US-Präsidenten **Donald Trump**, den Tod Kirks nun zum christlichen Märtyrertod verklärt und gegen die im Lande politisch weiter links von ihm Stehenden munitioniert. Wir erleben eine rücksichtslose Haltung der Selbsterhöhung, deren Rückseite die Erniedrigung der anderen ist.

Auch bei uns in Deutschland sucht die rechtspopulistische AfD, den christlichen Glauben für menschenverachtende und hasserfüllte politische Ziele zu vereinnahmen. Der römisch-katholische **Bischof Oster aus Passau** hat es kürzlich treffend ausgedrückt: „Die politische Macht, die den Gegner mit Hass überzieht, ist eine Falle für Christen. Und ich möchte davor warnen, dass die konservativen Christinnen und Christen in unserem Land nicht auch in diese Falle laufen. Es gibt auch politische Kräfte bei uns, die – bisweilen auch im Namen des Glaubens – die Nähe zu Trump suchen, oder seinen Politikstil imitieren wollen. Aber nein, wir Christen dürfen dem Hass und der Verachtung keinen Raum geben, schon gar nicht im Rahmen unseres Glaubens. Das Gegenteil ist der Fall: Christus ist auch für die gestorben, die ihn gehasst haben (...).“ Gegen eine pseudochristliche Verzerrung des wahren Evangeliums für politische Zwecke müssen wir uns deshalb als Christinnen und Christen in der Politik – über alle Parteigrenzen hinweg – klar und deutlich verwahren und davon distanzieren.

Mit großer Freude und Dankbarkeit dürfen wir in diesem Jahr auf die **Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes vor 35 Jahren** zurückblicken. Deshalb begrüßt es der EAK in ganz besonderer Weise, wenn im von der CDU regierten Berlin nun endlich auch das **Vorhaben zur Benennung einer Straße für den Kanzler der Einheit** in der repräsentativen Mitte der Hauptstadt einer Realisierung zugeführt wird. Es ist irritierend, dass – trotz des klaren Auftrages im Berliner Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD in Berlin von 2023 und der zahlreichen jahrelangen diesbezüglichen Absichtsbekundungen – hierzu bisher immer noch keine hinreichenden Schritte eingeleitet worden sind. Der EAK fordert deshalb die zügige und möglichst zeitnahe Umsetzung dieses wichtigen Erinnerungsprojektes! Denn neben der entscheidenden Rolle der mutigen und sich selbst ermächtigenden Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR selbst und auch dem wichtigen Beitrag der evangelischen Kirche beim Prozess der Friedlichen Revolution, ist, nach der grundlegenden Phase der durch Willy Brandt geprägten Entspannungspolitik, auch der entscheidende zentrale historische Beitrag des damaligen **Bundeskanzlers Helmut Kohl** für die Wiedervereinigung ausdrücklich in Erinnerung zu rufen und angemessen zu würdigen.

Helmut Kohl hat sich wie kein anderer sein gesamtes politisches Leben lang von der Vision eines wiedervereinigten Deutschlands als Teil eines freien, demokratischen und gemeinsamen Europas leiten lassen. Wo sich damals viele andere politische Akteure und Parteien in der entscheidenden historischen Situation der Verwirklichung der Wiedervereinigung entgegengestellt haben, hat der Kanzler der Einheit das politische Heft des Handelns, und zwar im vollen Bewusstsein des einmaligen und unwiederbringlichen historischen Momentes, in die Hand genommen. Damit hat er für immer Geschichte geschrieben. Diese politische Lebenswerk Helmut Kohls muss in Erinnerung bleiben und deshalb auch endlich im Stadtbild unserer Hauptstadt Berlin durch eine Straßenbenennung seinen besonderen symbolischen Ausdruck erhalten.

Gottes Segen!
Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Der EAK ehrt Altbundespräsident Joachim Gauck

Verleihung der Hermann-Ehlers-Medaille

Christian Meißner

Auf der diesjährigen 55. EAK-Bundestagung, am 30. April in Hannover, wurde Altbundespräsident Joachim Gauck mit der höchsten Auszeichnung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) geehrt, der „Hermann-Ehlers-Medaille für Verdienste in evangelischer Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (HEM). Der EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel MdB, bezeichnete Gauck als den „Bürgerpräsidenten“ unter den Bundespräsidenten und – mit den Worten des verstorbenen Wolfgang Schäuble (ebenfalls mit der HEM im Jahre 2005 ausgezeichnet) – als ein „Glücksfall für unser Land“.

Der EAK-Bundesvorsitzende würdigte Gaucks gesamtes Lebenswerk: „Schon als Pastor in Rostock haben Sie sich in den Jahren vor 1989 in der DDR mit entschiedenem Widerstand gegen das totalitäre Regime ausgesprochen und haben sich schließlich im Zuge der Friedlichen Revolution zum mündigen Bürger selbst ermächtigt und selbst ertüchtigt. Es ist Ihr Verdienst, lieber Herr Gauck, dass das Wort Bürger und Bürgerin in den letzten Jahren wieder Ausstrahlung und Glanz bekommen hat. (...) Wir wollen heute aber auch dem klugen und menschenzugewandten Theologen Dank sagen, der die Menschenfreundlichkeit Gottes nicht abstrakt und abgehoben, sondern mit seiner Persönlichkeit lebensnah ausstrahlt. Dank sagen dem wortgewaltigen Theologen, der ja ganz zu Anfang, wie ich gelesen habe,

eigentlich Germanist werden wollte. Das spürt man allerdings noch bei der Art, wie Sie formulieren. Dank also dem Theologen, der Sie aber auch als späterer Bundespräsident und Staatsmann immer spürbar geblieben sind. (...) Wir wollen Dank sagen dem Christen in der Politik, der als Mahner und Denker niemals mit parteipolitischen oder ideologischen Scheuklappen durch die Welt gelaufen ist, sondern umsichtig, mutmachend, richtungweisend und Orientierung gebend. Wir wollen schließlich Dank sagen dem Menschen Joachim Gauck, der mutig, vielleicht manchmal auch demütig zugleich war, aber, so haben wir das jedenfalls wahrgenommen, immer selbstkritisch bis zum heutigen Tag ein Neu-Dazulernender geblieben ist und der mit der Vielfalt der im Vorletzten immer unvollkommenen bleibenden Wahrheiten stets angemessen umzugehen wusste. (...)

Diejenigen, die im Westen Deutschlands, in der Bundesrepublik und in West-Berlin geboren wurden, wuchsen in einer freiheitlichen, in einer rechtsstaatlichen Demokratie auf, mit doch weitgehend flächendeckendem Bildungs- und Wohlstandsniveau, einzigartig in der deutschen Geschichte. Diejenigen aber, die wie Sie, lieber Herr Gauck, im Osten Deutschlands, in der DDR aufgewachsen sind, haben im Gegensatz zu den deutschen Geschwistern im Westen erleben müssen, was es heißt, in einer totalitären Diktatur zu leben. Das bedeutete, wie Sie selbst



immer wieder beschrieben haben, die frühe Erfahrung, erleben zu müssen, wie der eigene Vater zum Geburtstag der Mutter plötzlich verschwand, abgeholt wurde und für einige Jahre nach Sibirien verschleppt wurde. Das bedeutete die frühe Erfahrung staatlicher Willkür, das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit, eine Ein-Parteien-Diktatur statt Gewaltenteilung, Scheinwahlen, Wahlmanipulationen statt bundesdeutscher, allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahlen. Keine offene Zivilgesellschaft, mit der wir uns vielleicht auch manchmal reiben – aber was für ein Glück, dass wir sie haben. Stattdessen Gewissensnot, totalitäre Gängelung und Bevormundung bis in die letzten Winkel des persönlichen Alltags hinein. Und das hat für viele ständigen Konformitätsdruck, Angst und die Erfahrung schrecklicher Ohnmacht ausgelöst.

„Es ist Ihr Verdienst, dass das Wort Bürger und Bürgerin in den letzten Jahren wieder Ausstrahlung und Glanz bekommen hat.“

Vor diesem Hintergrund ehren wir und danken wir Ihnen, lieber Herr Bundespräsident, für ihren Beitrag zur Friedlichen Revolution 1989 in der DDR, damals noch als Pastor in Rostock. Und ich möchte damit auch gleichzeitig an Ihre ganz unverzichtbare Arbeit als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagenbehörde nach 1990 erinnern: Eine Arbeit, bei der es gegen massive, auch öffentliche Gegenwehr aus Ost wie West galt, den Opfern und den Ohnmächtigen in der DDR Gesicht und Stimme zu geben. Es war ein Beitrag zur Wahrheit, würde ich heute mal formulieren. Sie haben sich von den Anfeindungen, falschen Vorwürfen und Geschichtsklitterungen nicht beirren lassen. Auch nicht von denen, die die ganzen Verbrechen des SED-Staates verdrängt hatten, weil sie mitgelaufen waren oder vielleicht

davon auch profitiert hatten. Erst recht nicht von denjenigen, die in Hohenschönhausen ‚schön hausten‘, um Wolf Biermann zu zitieren. Weil sie es schließlich selbst waren, die diese Gewalt und diesen totalitären Druck von oben ganz persönlich mitverantworten hatten. Sie haben sich von all dem nicht beirren lassen. Sie haben den Ohnmächtigen und den Opfern der DDR-Diktatur, wovon man durch Aktenlektüre nur ahnen konnte, was wirklich passiert ist, Gehör, Gesicht und Stimme verschafft und ihnen damit ihre Würde zurückgegeben. (...)

Wir ehren Sie als Bürgerpräsident der klaren und der mutigen Worte. Das höchste Staatsamt, ausgerechnet dem, der erst 50 Jahre alt werden musste, um das Glück der Friedlichen Revolution und die ersehnte Freiheit überhaupt am eigenen Leibe spüren, erfahren und leben zu dürfen. Was für eine wunderbare Geschichte! Sie sind im höchsten Staatsamt nie abgehoben, sondern waren in ihrem Bewusstsein immer erster Bürger dieses Landes. Sie waren der Bürgerpräsident unter allen Bundespräsidenten. Nah an den Bürgerinnen und Bürgern, zugewandt und ohne Berührungängste, einer von uns. Immer einer, der auch Einzelschicksale im Blick hatte. Jemand, der klare und mutige Worte formulierte. Das hat Ihnen auch Kritik eingefahren. Aber gerade das macht Ihre Amtszeit groß, bedeutsam und auch erinnerungswürdig. Ihre Lebens- und Leidenserfahrung aus der gesamten Zeit des DDR-Unrechtsstaates führte dazu, dass Sie auch als Bundespräsident Unrecht dort ansprachen, wo es notwendig war. Sei es zum Beispiel gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, als es um die Frage des Völkermords an den Armeniern ging, oder gegenüber Russland und anderen Mächten und Gewalten dieser Welt. Den Ohnmächtigen eine Stimme geben, für Menschen- und Freiheitsrechte unbeirrbar eintreten, dafür standen Sie als Bundespräsident und stehen Sie als Persönlichkeit auch heute.

Hannover, 30. April 2025

Verantwortete Freiheit in schwierigen Zeiten
Verleihung der „Hermann-Ehlers-Medaille“
an Alt-Bundespräsident Joachim Gauck



Weil Sie nämlich wussten und auch mitfühlen konnten, wie es sich auch ganz unten anfühlt. Und ja, auch bei brennenden innerdeutschen Themen bezogen Sie Stellung und haben Probleme deutlich benannt. In ihrer Amtszeit als Bundespräsident (2012–2017) fand auch der Aufstieg eines bis dato nicht dagewesenen Rechtspopulismus‘ und des sogenannten Wutbürgerturns statt: Pegida, AfD und Co. Eingepägt hat sich uns ihr Satz zu den großen Herausforderungen der Migrationskrise: ‚Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.‘ Zum anderen Ihr klares und kompromissloses Eintreten für das helle Deutschland im Gegensatz zum Dunkeldeutschland. Ihr Einsatz für eine Kultur der Zuversicht. Das konnten wir vor einiger Zeit in Talkshows wieder erleben, die sie der Kultur des Verdrusses entgegengesetzt haben. Sodann Ihr unermüdliches Eintreten mit Kopf und Herz für das Erinnern und gegen das Vergessen, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Möglichkeiten und Segnungen der offenen Gesellschaft. Denn sie wussten auch, wie es anders sein kann. Auch dafür wollen wir Ihnen im Namen von Hermann Ehlers danken. Und last but not least noch ein drittes und letztes. Auch nach Ihrer Zeit als Bundespräsident sind Sie nicht ruhig geworden. Sie ergreifen nach wie vor das Wort, wenn es um die großen Themen des Hier, Heute und Jetzt geht. Vernünftige, besonnene Worte sind gerade in den jetzigen Zeiten galoppierender und sich verstärkender Krisen hilfreich und zur Orientierung notwendig.“

In seiner Dankesrede hob Altbundespräsident Joachim Gauck in bewegenden Worten noch einmal die Bedeutung von Hermann Ehlers hervor: „Diese Ehrung heute hat mich wegen der Dinge, die ich gehört habe und wegen der Person, deren Namen hier bei Ihnen im Mittelpunkt stand, wegen Hermann Ehlers, mit besonderer Freude und mit Dankbarkeit erfüllt. In

Dankbarkeit begegne ich Ihnen hier als einer, der auf vielfältige Weise beschenkt ist, heute von Ihnen und zuvor in vielfältiger Weise von Gott und diversen Menschen, die mir auf meinem Lebensweg begegnet sind.“ Und Gauck betonte, was ihm an Hermann Ehlers immer besonders gut gefallen hat: „Das ist die Fähigkeit zur Verantwortung!“ Und Gauck führte dies mit den folgenden Worten weiter aus: „Es gibt von mir so eine Formel, die ich immer, wenn ich so meine politischen Reden über die Freiheit halte, den Leuten einzuprägen versuche. Und diese Formel lautet: ‚Die Freiheit der Erwachsenen heißt Verantwortung‘.

„Das höchste Staatsamt dem, der erst 50 Jahre alt werden musste, um die ersehnte Freiheit am eigenen Leibe spüren, erfahren und leben zu dürfen.“

Das muss man ein bisschen erklären, aber es erschließt sich eigentlich ganz einfach, weil es für alle Leute, die über Freiheit geredet und nachgedacht haben, nämlich zwei unterschiedliche Dimensionen von Freiheit gibt. Die eine ist Freiheit von etwas, z.B. von Unterdrückung, von Armut und von Gefangenschaft. Jeder, der so etwas einmal selbst erlebt hat, wünscht sich und sehnt sich nach Freiheit. Und jeder, der irgendwie auch nur unter einem ‚Oktroi‘ steht, seien das hartherzige Eltern oder Lehrer oder Vorgesetzte, wünscht sich Freiheit von Unterdrückung. Das ist leicht, das kann jeder Mensch. Freiheit von etwas zu empfinden, gehört zu den Grundbeständen unserer psychischen Verfasstheit. (...) Aber wenn wir dann tatsächlich frei geworden sind, dann erleben wir eine ganz andere Form von Freiheit. Das ist zunächst eine Einladung. Und sie besteht darin, zu erkennen, dass uns Freiheit auch als Freiheit zu etwas und Freiheit für etwas begegnet. Und in diesem Augenblick



verwandelt sich das Gefühl des Glücks und des Beschenkt-Seins, dass man frei sein darf, in etwas, was plötzlich mit Mühen verbunden ist. (...)

Warum mache ich diesen gedanklichen Ausflug? Um Ihnen zu beschreiben, dass es für viele Menschen eben eine Zumutung ist, als freier Bürger bzw. als freie Bürgerin zu leben. Es hat nämlich ein bisschen mit Mühe zu tun. Manchmal sage ich: Wenn alle von der Freiheit träumen und sie danach auch tatsächlich erlangen, dann ist das so ein herrliches Glück wie z.B. bei einer Hochzeit. Durch eine Hochzeit kommt es dann ja zu einer längeren Verbindung der beiden Partner, die sich erst ersehnt, gesucht und schließlich gefunden haben. Und dann nennen wir das eine Ehe. Und das ist auch noch schön. Aber es ist anders als die Hochzeit, denn es ist jetzt mit einer Mühe verbunden, den anderen so ernst zu nehmen wie mich selbst und immerfort daran zu arbeiten, dass dieses wunderbare Geschenk auch ein Geschenk bleibt und dass die Ehe gelingt. Das heißt: Wir spüren das, was wir mögen! Das, was uns am Herzen liegt, ist auch verbunden mit einer Anforderung an uns selbst. Du musst bestimmte Dinge in dir überwinden. Du musst wollen, was du können möchtest. Und indem wir bewusst Ja sagen zu dieser Form, Freiheit zu leben, gewinnen wir nun etwas, was ganz eigentümlich ist. Denn, wenn man seinen Beruf, sein Anliegen, auch sein politisches Ziel oder sein ehrenamtliches Engagement oder die Entwicklung seiner Kinder, wenn man irgendetwas dieser Dinge liebt, wenn es einem am Herzen liegt und man sich dafür einsetzt, dann gewinnt ja unser Leben plötzlich eine Substanz, die

es ohne diesen Einsatz gar nicht hätte. Das heißt, derjenige, der die Mühe nicht scheut, derjenige erlebt auch eine Form von Glück, die er anders nicht erleben würde, ohne diese neue Verantwortungsbereitschaft. Wir könnten also sagen: Wer Freiheit als Verantwortung lebt, dem öffnet sich eine Tür für nachhaltiges Glück.“

Neben diesen Gedanken zu Freiheit und Verantwortung stellte Altbundespräsident Gauck seine Dankesrede aber noch unter drei weitere thematische Hauptstichworte, nämlich „Hoffnung“, „Nüchternheit“ und „Mut“.

Den Begriff der „Hoffnung“ illustrierte er dabei – sehr persönlich – wie folgt: „Lieber Herr Rachel, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass ich viel zu früh politisiert wurde. So etwas wünscht man sich nicht, in einer fröhlichen Kindheit plötzlich zu bemerken, dass man in einer durchherrschten Unrechtsgesellschaft lebt. Aber so kann es einem manchmal ergehen. Auch ich hätte immer mal wieder fortgehen können, schon vor dem Berliner Mauerbau. Ich bin ja 1940 geboren und war häufig im Westen und auch von Rostock aus oft in West-Berlin. Aber da war irgendetwas in mir, das mich bleiben ließ. Das war auch basale Heimatliebe, Verbundenheit mit den Menschen, mit denen man aufgewachsen war, zur Schule gegangen ist oder familiär verbunden war. Vielleicht war da bereits früh etwas angelegt, was ich damals noch nicht so benennen konnte und was dann erst später wirklich zu mir gekommen ist, etwas, das mir schließlich die Möglichkeit gegeben hat,

„Die Freiheit der Erwachsenen heißt Verantwortung.“

Joachim Gauck

„wagemutiger zu hoffen! Und Hoffnung ist eine Frucht des Glaubens. Und das habe ich von nirgendwo anders her. Diese Fähigkeit, ‚verwegener zu hoffen‘, wie ich es damals sagte, sie ist etwas, was sich uns mitteilt. Wenn wir der Sache wirklich vertrauen, dass es nicht allein von denen, die irdisch über uns herrschen, abhängt, ob unser Leben gelingt oder nicht gelingt. Und das ist etwas, was wir schwer vermitteln können. So etwas kann man nicht lehren. Aber darüber erzählen kann man schon. Und dann müssen wir es dem Allmächtigen anheimstellen, ob das, was wir erzählen, was wir als Lebenszeugnis verbreiten, andere anzustecken vermag, ebenfalls in eine Dimension des Hoffens einzutreten, aus der stärkere Aktivitäten hervorgehen.

Und für viele, die heutzutage an der mangelnden Bedeutung und Größe unserer Kirchen oder der Bindung an die Kirchen leiden, erzähle ich noch einmal, was wir 1989 erlebt haben: Dass nämlich aus absoluten Minderheitensituationen der Christen heraus gesellschaftsverändernde Dinge entstanden sind. Aus dem Minderheitenmilieu, insbesondere dem der evangelischen Christenheit, ist eine relevante Demokratiebewegung entstanden, zu der sich dann die anderen Menschen hingezogen fühlten. Und unsere Kirchen füllten sich damals in einem Maße, wie wir es weder vorher noch nachher wieder erleben sollten. Das heißt: Von uns können auch dann, wenn wir in eine Minderheitensituation geraten, Kräfte ausgehen, die wir nicht unterschätzen sollten. Und deshalb dürfen wir uns angesichts von Veränderungen nicht einfach den Mut nehmen lassen, sondern dürfen uns daran erinnern, dass von uns Kräfte ausgehen können, die wir im Voraus noch gar nicht kennen. Dann jedenfalls, wenn wir auch imstande sind, dieses verwegene Hoffen in politisches Handeln umzusetzen. Gewiss wird ein solch politisches Handeln nicht immer gleich sofort auch Widerstand bedeuten. Widerstand ist nicht, Widerstand wird! Aber schon indem man Anständigkeit wagt, Dissidenz wagt, fängt man an, das, was einen beherrscht, in Frage zu stellen. Und daraus entwickeln sich dann weitere Kräfte.“

Zum Stichwort „Nüchternheit“ führte Gauck – vor allem auch mit Blick auf die aktuell besorgniserregende Weltlage – dann das folgende aus: „So schön aber unser Wunschdenken sein kann und so wunderbar auch unsere Friedenslieder von damals, die ich noch heute in Erinnerung habe, so tragisch ist es, wenn man aus gutem Willen heraus Fähigkeiten, die man in der Politik unbedingt braucht, nämlich die Analysefähigkeit verliert, wenn also unsere Träume von einer friedlichen Zukunft uns gewissermaßen daran hindern, die Gefährdung eben dieses Friedens und eben dieser Würde des Menschen zu übersehen. Und deshalb gehört zu einer Politik, die mit dem C versehen ist, nicht nur die Fähigkeit zu intensivem Hoffen, dass der andere doch bitte gut sein möge. Sondern es gehört auch eine weitere Gabe, mit der wir ausgestattet sind, dazu: Gott hat uns ja nicht nur die Fähigkeit zu hoffen gegeben, sondern auch die Fähigkeit, zu erkennen und zu verstehen und diese Gabe des Erkennens und Analysierens so wichtig zu nehmen, dass wir uns nicht aus lauter wohlmeinender Ohnmacht heraus die Chancen nehmen, Politik wirklich zu verändern. Denn verändern kann man nur etwas, wenn man auch ernst genommen wird. Aber man wird nicht ernst genommen, wenn man sich dauerhaft als eine Gesellschaft der hoffnungsgestützten Ohnmacht präsentiert. Man wird als ernstzunehmender Partner nur dann wahrgenommen, wenn man sich auch imstande zeigt, die Werte, die man vertritt, robust zu verteidigen und nicht nur auf die Hoffnung wartet. Die Wirklichkeit ist so, dass uns die Gegenwart des Bösen, die die Bibel übrigens kennt, und zwar von der ersten bis zur letzten Zeile, nicht verborgen bleiben darf, wir sie vielmehr ernst nehmen müssen. Und die Guten haben Recht daran getan, die Hüter des Gesetzes zu bewaffnen und z.B. nicht darauf zu hoffen, dass der Mafiosi, der Mörder oder der Vergewaltiger dadurch beeindruckt wird, dass die potenziellen Opfer besonders lieb und liebenswürdig in die Gesichter der Täter schauen. So etwas funktioniert nicht! Und wenn wir schon im Inneren nicht darauf verzichten wollen, mit bewaffneten Organen das Recht zu schützen, dann müssen wir davon ausgehen, dass es auch im Äußeren genauso ist. Und wir sehen an Putins Krieg, dass eben möglich ist, was nach 1945 eigentlich nicht mehr möglich sein sollte, dass man nämlich die Herrschaft des Rechtes eintauscht in das Recht des Stärkeren. Genau das sehen wir gerade.“

Mit seinen abschließenden Ausführungen schrieb Gauck dann den beiden C-Parteien gewissermaßen noch einmal direkt ins politische Stammbuch, auf der Basis des Christlichen Menschenbildes auch mutig und bewusst für konservative Werthaltungen sowie die Belange der breiten bürgerlichen Mitte der Gesellschaft einzutreten, und er mahnte: „Ralf Dahrendorf, der verstorbene große Liberale, hat einmal gesagt, dass, wenn vorhandene Ängste in der Mitte der Gesellschaft von den Parteien der Mitte nicht aufgenommen würden, sich eben politische Anbieter fänden, die dann mit diesen Ängsten Politik machen. Und genau in dieser Situation befinden sich die konservativen Parteien Europas. Deshalb ist es erforderlich, dass wir nun nicht nur darüber nachdenken, dass wir den christlichen Menschen eine politische Heimat geben, sondern auch den konservativen Menschen insgesamt. (...) Und deshalb müssen Christen auch imstande sein, Konservative zu ertragen. Ja, das ist nun mal so! (...) Das heißt, eine klare, demokratische, konservative

„Eine klare, demokratische, konservative Politik, die zu unserer offenen Gesellschaft passt, schämt sich nicht (...) das Überkommene, wenn es schützenswert ist, zu schützen und zu erhalten.“

Joachim Gauck

agung des
en Arbeitskreises der CDU/CSU

entagsempfang (39. DEKT)

o. April 2025

te Freiheit in schwierigen Zei

er „Hermann-Ehlers-Medaille

espräsident Joachim Gauck



Politik, die zu unserer offenen Gesellschaft passt, schämt sich nicht, ihrer Bereitschaft und Fähigkeit, das Überkommene, wenn es schützenswert ist, zu schützen und zu erhalten. Das ist ihre Aufgabe! Damit bindet sie die Menschen, die sich beheimatet fühlen wollen, in dem, was ihnen vertraut ist. Das ist nichts Böses, wenn Menschen vertraut bleiben wollen mit dem, worin sie leben. Aber eine solche konservative Politik hütet sich eben auch auf der anderen Seite genauso davor, in ein gefährliches Fahrwasser zu gehen. (...)

Wer seine Angst besiegt und glaubt, dass aus seinen Hoffnungen Taten erwachsen können und wer imstande ist, diese Taten dann auch tatsächlich mit Verbündeten, mit Vernunft, mit Augenmaß und mit Nüchternheit umzusetzen, der wird sich vor dem Wunschdenken hüten und die Freude des Gelingens verspüren. Und dazu braucht es kräftigen Mut.“

Joachim Gauck beschloss seine fulminante Rede schließlich mit der beherzten Ermutigung an CDU und CSU, sich trotz der vielfältigen Krisen und Zukunftsherausforderungen nicht den Ängsten oder Ohnmachtsgefühlen zu ergeben, und sich nicht von den politischen Rändern, sei es von rechts außen oder von links außen, beirren zu lassen, sondern politisch zur eigenen Verantwortung zu stehen. Denn nur so könne auch aus Sicht der Union selbst erkennbar bleiben: „Wir haben da etwas anzubieten und das hat Zukunft. Und da, so stellen wir uns vor euch hin und schenken euch nicht unsere Ängste. Und deshalb Mut! Das ist mein letztes Wort! – Haben Sie vielen Dank!“



Vivre Espoir – Ein Projekt für Menschen auf der Flucht

Hans-Joachim Schwabe

2017 hat der Kirchenkreis Jülich das Projekt Vivre Espoir – Hoffnung leben – begonnen. In diesem Save-House werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Alter von 7 bis 18 Jahren aus der Subsahara in Oujda (Marokko) aufgenommen. Oujda liegt direkt an der Grenze zu Algerien und ist der Ort, wo die meisten Migranten aus der Subsahara einreisen. Das Projekt ist ein gemeinsames Projekt des Kirchenkreises Jülich, der Evangelischen Kirche im Rheinland, der katholischen Gemeinde St. Louis in Oujda und des römischen Ordens De la Consolata. Unterstützt wird das Projekt zudem von Misereor und es besteht eine Kooperation mit der Don-Bosco Schule in Kénitra. Finanziert wird das Projekt auf deutscher Seite durch den Kirchenkreis Jülich, die Evangelischen Kirche im Rheinland, Privatspenden, die katholische Hilfsorganisation Misereor und immer wieder durch die Kesselkirche in Stuttgart.

Die Kinder und Jugendlichen kommen oft nach ein- bis dreijähriger Flucht physisch und psychisch am Ende ihrer Kräfte in unserem Zentrum an. Es ist kaum vorstellbar, dass ein Kind im Alter von sieben Jahren sich allein auf die Flucht durch die Wüste begibt. Meist schließen diese Kinder sich dann irgendwann einem Flüchtlingstreck an.

Die katholische Gemeinde in Oujda hat dem Projekt das gesamte Gemeindezentrum bis auf den eigentlichen Kirchraum kostenlos zur Verfügung gestellt. Dieser kann außer sonntags wegen der Messe auch für die Arbeit genutzt werden. Das geschieht nur dann, wenn an einem Tag besonders viele Migrantinnen und Migranten um Aufnahme bitten. In 2024 waren es in der Spitze an einem Tag 360 Menschen.

Begonnen haben wir die Arbeit 2017 mit einer Aufnahmekapazität für 12 Flüchtlinge; daraus wurden in wenigen Monaten mehr als 100, und nach einem Jahr waren es schon etwa 1.000. Das hielt sich so bis 2022, danach stiegen die Zahlen wieder deutlich an. Durch die Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland konnten wir für 2025 das Aufnahmebudget auf 1.300 Flüchtlinge p.a. hochfahren.

Doch die tatsächlichen Zahlen haben uns überrollt. Im letzten Jahr hatten wir 3.744 Neuaufnahmen, wovon 1.544 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge waren. Etwa 900 waren schwerkrank oder schwerverletzt (durch Abstürze in den Bergen oder durch Hunde, die die Grenzpolizei auf Flüchtlinge hetzt). Zwei im Projekt angestellte Ärzte kümmern sich um die medizinische Versorgung. Außerdem gab es 60 Opfer von Menschenhandel.

Die Zahlen in 2025 scheint ein neues Rekordergebnis zu werden. Bis Ende März haben wir 1.964 Migranten, darunter 302 minderjährige Unbegleitete aufgenommen.

In diesem für Marokko einmaligen Save-House bekommen die Geflüchteten als erstes einen sicheren Schlafplatz. Den können wir deshalb anbieten, weil nebenan eine große Polizeistation ist, so dass mafiose Organisationen es nicht wagen, in die Nähe der Einrichtung zu kommen. Die Mafia kidnappt immer wieder Kinder und Jugendlichen, foltert, filmt sie und fordert mit den Fotos Erpressungsgeld bei den Familien im Heimatland. Darüber hinaus werden die jungen Menschen als Sklaven, Sexsklaven oder menschliches Ersatzteillager von der Mafia verkauft.

Die Polizei akzeptiert, dass in der Regel kein Flüchtling im Haus eine Aufenthaltsgenehmigung hat. Wenn allerdings die

jungen Menschen sich als Obdachlose in der Stadt aufhalten, werden sie oft verhaftet und in der Wüste ausgesetzt. Manchmal kommt es vor, dass die Polizei die Jugendlichen auch an das Projekt Vivre Espoir übergibt.

Die Ankommenden sind sehr glücklich, wenn sie sich einmal duschen und satt essen dürfen und neue gebrauchte Kleidung bekommen. Viele bleiben nur einen Tag oder ein paar Tage, bevor sie weiter zu Familienangehörigen und Freunden reisen. Erwachsene Flüchtlinge beherbergen wir nur, wenn sie schwerkrank oder schwerverletzt sind. Allen Minderjährigen bieten wir an, zu bleiben. Sie werden im Haus gepflegt, können einen Alphabetisierungskurs besuchen, ihr Französisch oder ihre Mathematikkenntnisse verbessern und natürlich an Freizeitaktivitäten teilnehmen. Für hochgradig Traumatisierte haben wir seit Jahren mit Unterstützung der Vereinigten Evangelischen Mission in Wuppertal ein kleines abgeschlossenes Appartement für die, die nach den Erlebnissen erst einmal Menschen nicht mehr sehen können.

Wenn die jungen Menschen zur Ruhe gekommen sind, setzt sich unser Leiter Dr. Lumbela – ein Jurist, Träger des Aachener Friedenspreises von 2015, mit ihnen zusammen und bespricht ergebnisoffen ihre weitere Zukunft. Nur der Jugendliche entscheidet, wie ihr Lebensweg weitergehen soll. Aber im Haus werden ihnen die verschiedenen Perspektiven aufgezeigt. Wenn Europa zur Debatte steht, können wir keine Hilfe anbieten, soll es zurück in das Heimatland gehen – es sind nur wenige, die das wünschen – ist das schwierig, weil die Eltern sie ja weggeschickt haben, damit sie entweder die Familie nachholen oder sie vom Ausland her unterstützen. Außerdem können wir die hohen Flugpreise für die Rückreise nicht bezahlen. Deshalb bieten wir den Flüchtlingen an, so lange bei uns zu bleiben, bis IOM kostenlose Flüge zur Verfügung stellt. Das kann aber durchaus ein Jahr dauern.

Denen, die zumindest zunächst in Marokko bleiben wollen, bieten wir an, nachdem wir sie soweit fortgebildet haben, dass bei uns bleiben können, dass sie eine Schule besuchen und/oder eine Berufsausbildung machen können.

Wir können bis zu 25 Jugendlichen pro Jahr eine ordentliche Berufsausbildung anbieten – zu mehr reichen unsere Finanzmittel leider nicht. 15 Ausbildungsplätze gibt es in Oujda und 10 Ausbildungsplätze für Techniker im 600 Kilometer entfernten Kénitra, wo Don Bosco eine entsprechende Schule mit dem Standard eines deutschen Berufskollegs betreibt.

Bisher hatten alle, die bei uns eine Berufsausbildung gemacht haben, kein Interesse mehr gezeigt, weiter nach Europa zu fliehen. Sie gehen entweder in ihr Land zurück, denn sie können etwas Erfolgreiches vorweisen oder sie bleiben in Marokko, weil sie nach ihrer Ausbildung auch für den marokkanischen Arbeitsmarkt von Interesse sind. Für die, die in Marokko bleiben wollen, kümmert sich unser Leiter um eine Aufenthaltsgenehmigung. Vereinzelt begeben sich die jungen Menschen in ein Drittland.

Bis vor kurzem war es uns nicht möglich, in dem Haus auch Mädchen und junge Frauen aufzunehmen, obwohl diese insbesondere durch die Mafia gefährdet sind. Uns fehlt das Geld, einen von den vielen männlichen Geflüchteten getrennten Schlafplatz anzubieten. Auch fehlt es an ausreichendem weiblichem Personal.

Die Zahl weiblicher Flüchtlinge aber hat wegen der dramatischen Situation im Sudan und Südsudan deutlich zugenommen. Während wir bis 2022 nur gelegentlich einen Flüchtling aus dieser Region empfangen haben, sind es jetzt schätzungsweise Dreiviertel aller Flüchtlinge, die in Marokko ankommen. Der UNHCR hatte sich entschlossen, allen weiblichen Flüchtlingen aus dieser Region ohne Prüfung den Flüchtlingsstatus zu

verleihen, nachdem sie dort registriert wurden. Nach der Registrierung sorgen marokkanische NGOs für sie; der UNHCR übernimmt die Kosten. Damit sie bis zur Registrierung nicht abgeschoben oder von der Mafia gekidnappt werden – Frauen sind für die Mafia noch wertvoller als männliche Migranten –, haben zwei Nonnen aus unserem Projekt von der katholischen Kirchengemeinde ein Haus erhalten, wo sie bis zu fünf Migrantinnen aufnehmen können, die Opfer von Menschenhandel geworden sind. Hier werden jetzt die sudanesischen Frauen bis zur Registrierung durch den UNHCR aufgenommen. Dies geschieht außerhalb unseres Projekts. Unsere Ärzte versorgen die Frauen und Mädchen auch, und gepflegt werden sie in unserer Einrichtung.

Dazu gibt es eine Art Kindergarten mit einer Betreuung für Kleinkinder.

Natürlich werden wir mit dem Vorwurf konfrontiert, Flüchtlinge über das uns zur Verfügung stehende Budget aufzunehmen. Unsere Mitarbeiter vor Ort sagen uns dann, dass sie es anders nicht verantworten können, Menschen in dieser Situation dem Schicksal zu überlassen, vor allem weil es in der gesamten Region keine auch nur einigermaßen vergleichbare Einrichtung gibt, die die Flüchtlinge schützt.

„Wir können bis zu 25 Jugendlichen pro Jahr eine ordentliche Berufsausbildung anbieten – zu mehr reichen unsere Finanzmittel leider nicht.“

Unsere Einrichtung hat nicht den gleich hohen Standard wie Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Deutschland, weil es vor allem darum geht, möglichst viele Menschen vor dem Schlimmsten zu bewahren.

Die Kosten pro Jahr liegen unter € 400.000 für ein Budget für bis zu 1.300 Neuaufnahmen. Das ist der Betrag, den eine Abschiebung eines Flüchtlings aus Deutschland kosten kann, was mir die Bundespolizei auf dem Kirchentag bestätigt hat. Zugegeben, wir halten die Personalkosten so gering wie möglich, weil wir die Priester und Nonnen im Projekt nicht bezahlen müssen, und durch viele Ehrenamtliche unterstützt werden. Aber es würde mehr qualifiziertes Personal zur Unterstützung benötigt.

Bemerkenswert ist auch in diesem Projekt die Solidarität der Flüchtlinge untereinander. Selbstverständlich übernehmen sie Küchen-, Essens-, und Putzdienst in der Einrichtung. Wenn besonders viele Flüchtlinge an einem Tag ankommen, mit denen man nicht gerechnet hatte, teilen sie das Essen und wenn nicht genügend Betten bzw. Luftmatratzen da sind, dann schieben sie zwei Luftmatratzen zusammen, damit darauf dann drei Personen liegen können.

Wäre ein solche Einrichtung nicht eine Alternative? Sie entspricht mit Sicherheit den Menschenrechten und ist zudem auch noch deutlich preiswerter als Abschiebungen! Wäre das nicht eine Mustereinrichtung für die Politik?

Ausführliche und ergänzende Berichte finden sie auch auf der Homepage des Kirchenkreises Jülich unter: www.kkrjuelich.de/vivre (Dort auch mit Spendenadresse)



Hans-Joachim Schwabe

Bankdirektor Investmentbanking a.D., ist seit Jahrzehnten in der kirchlichen Flüchtlingsarbeit tätig, verheiratet und hat eine Tochter und zwei Enkelkinder.

Kirchen als Akteure der Klimaanpassung

Astrid Hake

Chancen und Herausforderungen der Klimaanpassung

Anlässlich des bundesweiten Hitzeaktionstags am 4. Juni hat die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Kirsten Fehrs, unter dem Motto #kühlekirchen aufgerufen, Kirchengebäude im Sommer als kühle Schutzräume zur Verfügung zu stellen. Der diesjährige Sommer stellte sich nach der Bilanz des Deutschen Wetterdiensts zwar nicht als Rekordsommer heraus, dennoch erreichten die heißen Tage Anfang Juli mit 39,3 Grad Höchstwerte. Der Klimawandel ist längst Realität. Städte und Kommunen stehen vor enormen Herausforderungen: steigende Temperaturen und häufigere Extremwetterereignisse belasten Infrastruktur, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang gewinnt die Klimaanpassung zunehmend an Bedeutung. Doch es sind nicht nur Politik und Verwaltung gefragt. Auch zivilgesellschaftliche Akteure wie die Kirchen können eine wichtige Rolle im Prozess der klimagerechten Stadtentwicklung spielen.

Städte als Brennpunkte des Klimawandels

Der Klimawandel führt bereits heute zu erheblichen Veränderungen und Auswirkungen. Neben den langfristigen und schleichenden Klimaveränderungen wie Verschiebung der Klimazonen und der Veränderung der Biodiversität kommt es immer häufiger zu Extremwetterereignissen wie Rekordtemperaturen, Hitzewellen, Trockenperioden, Starkregenereignissen, Hagel, Hochwasser oder Stürmen. Diese haben weitreichende Auswirkungen auf Städte und Gemeinden. Sie richten im Fall der extremen Wetterlagen Schäden an Infrastruktureinrichtungen an. Besonders kritisch sind Verkehrswege und Ver- und Entsorgungseinrichtungen mit erheblichen wirtschaftlichen Verlusten. Auch die Gefahr für die Gesundheit der Stadtbewohner wächst enorm. Als besonders gefährdet gelten empfindliche Bevölkerungsgruppen wie junge, alte und kranke bzw. eingeschränkte Menschen. Munich Re, die zu den weltweit führenden Rückversicherungs-Gesellschaften zählt, hob im Jahresbericht 2024 hervor, dass weit über 90 Prozent der Gesamtschäden von 320 Mrd. USD 2024 durch Wetterextreme verursacht worden seien. Der Versicherer prognostiziert für die Zukunft, dass viele Wetterereignisse nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft stärker oder häufiger werden.¹ Nach einer Studie des Umweltbundesamts und des Robert-Koch-Instituts gab es in den Sommern 2023 und 2024 jeweils etwa 3.000 hitzebedingte Todesfälle in Deutschland.² Urbanisierte Räume sind besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels. Die dichte Bebauung, versiegelte Flächen und fehlende Grünräume führen zu einem sogenannten urbanen Hitzeinseleffekt, bei dem Städte sich deutlich stärker aufheizen als ihr Umland. Gleichzeitig zeigen sich soziale Ungleichheiten in urbanen Räumen besonders deutlich: Benachteiligte Gruppen leben häufiger in schlecht isolierten Wohnungen, ohne Zugang zu Grünflächen oder kühlenden



Infrastrukturen. Klimaanpassung ist daher nicht nur eine technische, sondern auch eine soziale Herausforderung.

Was bedeutet Klimaanpassung in der Stadt?

Wie sieht eine Stadt aus, die sich an die Folgen des Klimawandels anpasst? Die klimagerechte Stadt wappnet sich gegen Wetterextreme. Sie ist nicht zu dicht bebaut, gut durchlüftet, begrünt und mit Bäumen bepflanzt, die Dürren und Stürmen standhalten, sowie mit Wasserflächen durchzogen. All dies kommt zusammen in der Schwammstadt, einer transformativen Maßnahme der Klimaanpassung im urbanen Raum. Bei diesem städtebaulichen Gesamtkonzept geht es um die Fähigkeit einer Stadt, ein Zuviel an Wasser aufzusaugen, dieses Wasser wie ein Schwamm zu speichern und es durch Verdunstung, Versickerung oder nach einer Wiedernutzung beispielsweise zur Bewässerung verzögert wieder abzugeben. Eine zentrale Rolle spielt die Verbindung von Grünflächen und Wassermanagement. Begrünte Dächer und Fassaden, Bäume im Straßenraum sowie entsiegelte, von der Kanalisation abgekoppelte Flächen wie Mulden entlang von Straßen oder Baumrigolen bilden ein Netzwerk blau-grüner Infrastrukturen. Die naturbasierten Maßnahmen werden durch technische Anlagen unterstützt. Unterirdische Zisternen speichern Regenwasser, und überflutbare Flächen dienen als temporäre Rückhaltebecken für Starkregen. Das Schwammstadt-Prinzip verringert nicht nur das Risiko von Schäden durch Starkregen und Überflutung, sondern hilft auch bei Dürreperioden und bei Hitze. Bewässerung und Verdunstung sorgen für ein besseres Klima an heißen Tagen. Neben der grün-blauen Infrastruktur und Hitzeschutzmaßnahmen sollten Städte auch ihren Katastrophenschutz und Krisenmanagement durch Frühwarnsysteme und Informationskampagnen stärken.

Klimaanpassung als kommunale Aufgabe

Die Klimaanpassung stellt die Städte vor große Aufgaben. Die Notwendigkeiten sind längst erkannt. Bereits 2008 beschloss die damalige große Koalition unter Angela Merkel die erste Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Sie sollte einen Rahmen schaffen und Akteuren Orientierung bieten. Nach einer Erhebung des Umweltbundesamts im Jahr 2017 veröffentlichten deutsche Großstädte 2009 die ersten Anpassungsstrategien. Bis 2017 hatten die Hälfte der deutschen Großstädte Anpassungskonzepte.³ Eine Studie des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung und der Universität Potsdam hob 2021 hervor, dass insbesondere die Großstädte bei der Klimaanpassung die Nase vorne hätten. Demnach könnten zehn der 14 größten Städte Deutschlands als klimapolitische Vorreiter und vier als Klimaanpassungsvorreiter eingestuft werden. Am erfolgreichsten seien die Städte, die Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien ausgewogen in den Blick nähmen. Die Großstädte haben den Vorteil, dass sie sich in transnationalen Netzwerken wie z.B. ICLEI International Council for Local Environmental Initiatives zusammengeschlossen haben. Nicht zu unterschätzen sind zudem die personellen, finanziellen und räumlichen Ressourcen, über die Großstädte ganz anders verfügen als kleinere Städte.⁴ 2024 trat das Bundes-Klimaanpassungsgesetz in Kraft, das vorsieht, dass Bund, Bundesländer und Kommunen Klimaanpassungskonzepte entwerfen und umsetzen. Zur Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Klimaanpassung wurden Förderprogramme aufgesetzt. So erhalten Kommunen Zuschüsse, wenn sie Fachkräfte für Klimaanpassungsmanagement einstellen. Zudem sollen Expertinnen und Experten des Zentrums KlimaAnpassung Städte und Gemeinden dabei unterstützen, sich besser gegen Klimarisiken abzusichern. Jedes Jahr werden in der Woche der Klimaanpassung gelungene Beispiele aus allen Regionen Deutschlands zur Anregung vorgestellt, die konkret und umsetzbar sind.⁵

Trotz der Förderung machen die Kommunen nur langsame Fortschritte bei der Klimaanpassung. Nach der jüngsten Studie des Umweltbundesamts verfügten nur 12 Prozent aller Kommunen über Klimaanpassungskonzepte.⁶ 41 Prozent hatten bereits konkrete Maßnahmen zur Klimaanpassung umgesetzt. Über 30 Prozent der Kommunen wählten etwa klimaangepasste Pflanzen aus, legten Bebauungsgrenzen fest, renaturierten Gewässer, legten offene Wasserflächen an und informierten die Bevölkerung über Gefahren sowie vorsorgende Schutzmaßnahmen. Kommunen, die auf Probleme stießen, hatten diese meist, weil ihnen das Geld für die Umsetzung der Maßnahmen fehlte. Der Deutsche Städtetag kritisiert, dass die Kommunen durch die Klimaanpassung mehr Aufgaben übernehmen müssten, ohne dass deren Finanzierung gewährleistet sei. Er sieht auch die Bundesländer in der Pflicht, sich an den Kosten zu beteiligen angesichts der Finanzkrise der Kommunen. Ärmere Kommunen können sich Klimaschutz und Klimaanpassung nicht mehr leisten. Dies ist ein Dilemma, denn die zukünftigen hohen Kosten für Schäden dürften die erforderlichen Investitionen bei weitem übersteigen. Der Städtetag plädiert dafür, Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufzunehmen. Es ist in jedem Fall wesentlich, bei allen kommunalen Planungsprozessen die Folgen des Klimawandels mit zu berücksichtigen.⁷

Kirchen als Akteure der Klimaanpassung

Inmitten dieser Herausforderungen der Kommunen zeigt sich, dass Kirchen mehr als nur spirituelle Orte sind – sie sind auch soziale, kulturelle und oft physisch markante Räume im urbanen Gefüge. Ihre Rolle in der Klimaanpassung ist vielfältig und bislang vielerorts unterschätzt. Offensichtlich ist auf den ersten Blick, dass Kirchen Schutz bieten können und bei Hitzewellen als

kühle Rückzugsräume dienen. „Coole Kirchen“ in Karlsruhe⁸ oder die interaktive Karte der Evangelischen Landeskirche in Württemberg⁹ sind nur zwei Beispiele für die Öffnung von Kirchen bei hohen Temperaturen. Die Verantwortung von Kirchen geht aber weit über die Sakralgebäude hinaus. Kirchengemeinden können selbst Maßnahmen ergreifen zum Schutz gegen Starkregen, Hochwasser oder Hitze z.B. durch Außenverschattung oder Dach- und Fassadenbegrünung. Gründächer wie auf dem neuen Kirchencampus in Schleswig¹⁰ sind keine Ausnahme. Sie schaffen Lebensraum für Insekten und entlasten zugleich das Stadtklima. Auch bei den Freiflächen wirken sich begrünte Flächen positiv auf das Mikroklima aus. Durch mehr Versickerungsflächen werden die Auswirkungen von Starkregen abgeschwächt. Der Luthergarten in Hamburg ist ein gelungenes Beispiel für eine Oase inmitten der Großstadt.¹¹ Kirchen können durch ihr eigenes Handeln Vorbild sein und das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Klimaanpassung fördern. Dies kommt auch in der Kooperation im Sozialraum und mit Kommunen zum Tragen. In vielen Städten gibt es bereits positive Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Kommunen. Ob im Rahmen von Klimaforen, bei der Bereitstellung von Flächen für Gemeinschaftsgärten oder bei der Unterstützung von Hitzeschutzprojekten – die Kirchen können aktive Partner sein. Wichtig ist dabei ein offener, dialogorientierter Ansatz. Die Luther-Kirchengemeinde in Berlin-Spandau macht es vor. Sie plant in Kooperation mit dem Bezirksamt Spandau die Umgestaltung des öffentlichen Lutherplatzes vor der Kirche – mit besonderem Fokus auf Klimaanpassung und lädt zur Beteiligung ein.¹² Durch den Austausch mit lokalen Initiativen und Organisationen sind lokale Entwicklungen in der Gemeinde präsent und bieten die Möglichkeit, von anderen zu lernen. Nicht zuletzt kann die Kirche Seelsorge leisten in Notfällen und Notlagen. Natürlich stehen auch Kirchen vor Herausforderungen: begrenzte finanzielle Mittel, alternde Gebäude, manchmal auch interne Skepsis gegenüber politischen Themen. Doch die Chancen überwiegen. Indem Kirchen sich als Teil einer klimaverantwortlichen Stadtgesellschaft verstehen, können sie ihre gesellschaftliche Relevanz neu definieren. Die Bewahrung der Schöpfung – ein zentraler theologischer Auftrag – gewinnt im Kontext der Klimaanpassung ganz praktische Bedeutung.

1 www.munichre.com/de/risiken/naturkatastrophen

2 www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/umweltbundesamt-veroeffentlicht-studie-zu

3 www.umweltbundesamt.de/themen/wie-deutsche-grossstaedte-sich-an-den-klimawandel

4 <https://doi.org/10.1007/s10584-021-03142-9>

5 <https://zentrum-klimaanpassung.de>

6 www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/mehrheit-der-deutschen-staedte-gemeinden-stellt

7 www.staedtetag.de/positionen/positionspapiere/2024/klimaschutz-und-klimaanpassung-als-pflichtaufgabe

8 www.karlsruhe.de/umwelt-klima/klimaschutz-klimaanpassung/hitze-in-karlsruhe/cool-kirchen

9 www.elk-wue.de/news/2025/30062025-kirchen-als-kuehle-orte-diese-kirchen-sind-geoeffnet

10 <https://nordkirche-klimaportal.de/aktiv-werden/praxisbeispiele/details/ein-dach-fuer-die-schoepfung-gruene-vielfalt-am-paulus-zentrum-schleswig>

11 www.lutherkirche.net/luthergarten

12 <https://qm-spandauer-neustadt.de/Aktuelles/umgestaltung-und-klimaanpassung-lutherplatz-aktionstag-am-1162025>



Astrid Hake

ist Referentin bei „Eine Erde. Das ökumenische Netzwerk“ in Hamburg. Das bundesweite kirchliche Bündnis mit mehr als 120 Mitgliedern setzt sich für Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit in Kirche, Politik und Gesellschaft ein.

Vertrauen verloren – Vertrauen gewinnen

Tagung des EAK-Niedersachsen in Hermannsburg

Oft wird in politischen Diskussionen und in den Medien ein Vertrauensverlust breiter Bevölkerungskreise in den demokratischen Staat, seine Repräsentanten und Funktionsweisen beklagt. Mit dieser Vertrauenskrise sehen sich auch die beiden Volkskirchen konfrontiert. Grund genug für den niedersächsischen Evangelischen Arbeitskreis der CDU, sich mit dieser Problematik auf der 42. Hermannsburger Tagung zu befassen.

Der EAK hatte fünf Referenten gewinnen können. In ihren Vorträgen ging es um die Analyse und die sich daraus ergebenden Lösungsansätze, um (neues) Vertrauen in die Schul- und Verteidigungspolitik, in die christliche Friedensethik, in die Volkskirchen und in die Volkspartei CDU in der Bevölkerung zu generieren.

Den Redeaufschlag machte der Schulleiter des 1328 gegründeten Gymnasiums Ernestinum in Celle, Oberstudiendirektor Johannes Habekost. Er hatte für seinen Vortrag die Überschrift „Vertrauen als Basis gelingender Gesellschaft und Schulen“ gewählt. Für ihn gleiche Vertrauen einem Wechselspiel: einerseits dem eigenen Vertrauen in andere Personen oder Institutionen und andererseits, deren Vertrauen in meine Person. Dieses gegenseitige Vertrauen – und die sich daraus ergebenden Verhaltensweisen – sei auch für alle am Schulleben Beteiligten erforderlich.

Die häufig beklagte Bildungsmisere in der Schulpolitik sei nichts neues, sie habe es schon früher gegeben, stellte Habekost fest. Er erinnerte sich an die Aufnahme seines Lateinstudiums 1983 in Göttingen und wie ein Professor ihm und seinen Kommilitonen attestierte: „Sie bringen ja gar nichts mit!“ Als Folge der heutigen Misere könne man das Zentralabitur werten, das bundeseinheitliche und länderspezifische Teile mit einschließe. Das Vertrauen in Schule und damit auch in die Lehrerschaft wurde auch durch die diffamierende Äußerung von Gerhard Schröder über „die faulen Säcke“ beschädigt.

Nach Habekosts Auffassung komme es darauf an, dass die Vermittlung der Lerninhalte in einer entspannten und humorvollen Atmosphäre stattfindet, um gutes Lernen zu ermöglichen und damit (neues) Vertrauen von Lernenden, Eltern und Gesellschaft zu gewinnen. Als vertrauensbildende Maßnahme bezeichnete der Schulleiter die konsequente Sanktionierung von verbaler und körperlicher Gewalt innerhalb der Schule und beendete seinen Vortrag mit der Feststellung: „Wir haben dann als Schule alles richtig gemacht, wenn es uns gelingt, bei den Schülern Vertrauen in Sinnhaftigkeit herzustellen, sie mit Fähigkeiten

auszustatten, mündig zu werden und Selbstvertrauen zu erwerben, um das Leben zu meistern.“

Der langjährige Bundestagsabgeordnete Henning Otte betonte in seinem Referat zur Verteidigungspolitik die Notwendigkeit für die Gesellschaft, einen eigenen Beitrag für Freiheit in Frieden zu leisten und gemeinsam für einander einzustehen. Um diese Einstellung in der Bevölkerung zu erreichen und Vertrauen in eine veränderte Verteidigungspolitik zu schaffen, müsse die Politik ihre Vorhaben erklären, denn Otte: „Die Demokratie lebt vom Dialog!“ Allerdings müsse populistischen Erklärungen entschieden widersprochen werden, die unsere Werte ablehnten. „Nicht das Recht des Stärkeren gilt, sondern die Stärke des Rechts!“, erklärte der inzwischen neu gewählte Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, der mit der Übernahme dieses Amtes sein Abgeordnetenmandat aufgeben musste.

Die Zeit der Friedensdividende sei vorbei. Angesichts des Expansionskurses von Ländern wie Russland und China bestimmten jetzt Begriffe wie Krise, Krieg, politische und hybride Kriegsführung, Spionage und Indoktrination die Sicherheitslage. „Auch wenn es manche nicht gerne hören, die Doktrin der Abschreckung hat gefruchtet“, so Otte. Es müsse ein Bewusstsein für diese Erkenntnis in der Bevölkerung geschaffen werden. Wichtig sei jetzt die Bildung eines nationalen Sicherheitsrates, eine schnellere Beschaffung und das breitere Aufstellen der Truppe auf 230.000 Soldatinnen und Soldaten. Zum diskutierten verpflichtenden Gemeinschaftsjahr führte Otte aus, dass junge Menschen bereit sein sollten, für unser Land und die Verteidigung unserer Werte einzustehen. Alle Maßnahmen verfolgten dieses eine Ziel: die Verteidigung zu stärken, um sich nicht verteidigen zu müssen.



V.l.n.r.: Henning Otte MdB, Johannes Habekost, Hanna-Lena Perneck, Dr. Bernhard Felmberg, Prof. Dr. Martin Hein, Harm Adam, Christian Meißner



„Es gibt nicht den Himmel auf Erden!“ Mit dieser Aussage begann der evangelische Militärbischof Dr. Bernhard Felmberg sein Referat über „(neues) Vertrauen in die christliche Friedensethik“. Auf den Krieg in der Ukraine eingehend forderte er Solidarität und damit die Bereitschaft, dieses durch den russischen Angriffskrieg geschundene Land weiter zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wies er auf den Machtausbau unterschiedlicher geopolitischer Kräfte hin. „Machen wir uns deshalb nichts vor: Frühere Gewissheiten sind dahin“, resümierte der Militärbischof. Die Konsequenz aus diesem Faktum müsse die Verteidigung unserer Werte sein und die Erfordernis, das Bewusstsein für die unveräußerliche Menschenwürde zu schärfen.

Gerade unsere mit Kriegen und Krisen belastete Gegenwart fordere uns heraus, über den Frieden zu reden „und wir Christinnen und Christen sind in besonderer Weise zur Friedenssuche verpflichtet“, hob Felmberg hervor. Es müsse um Friedenslogik statt Sicherheitslogik gehen und fragte in das Publikum hinein: „Was ist ein gerechter Friede?“ Im Einleitungstext zu der von der EKD 2007 vorgelegten Friedens-Denkschrift wird auf deren Homepage dazu ausgeführt: „... Der Leitgedanke, dem die Denkschrift folgt, ist der ‚gerechte Friede‘. Gerechter Friede umfasst hier vier Dimensionen: den Schutz vor Gewalt, die Förderung der Freiheit, den Abbau von Not bzw. die Förderung weltweit sozialer Gerechtigkeit und die Anerkennung kultureller Verschiedenheit.“

Frieden und Gerechtigkeit gehörten zusammen und insofern sei die Denkschrift auch heute noch hilfreich. Sie müsse jedoch angesichts der gegenwärtigen Kriege und Konflikte neu bedacht und bewertet werden, gab der Militärbischof zu bedenken. Wie zu Beginn seiner Ausführungen beendete Felmberg seinen Vortrag mit einem Statement zum Krieg in der Ukraine: „Das Absegnen von Waffen und Krieg durch die russisch-orthodoxe Kirche ist mit dem christlichen Friedens- und Liebesgebot nicht vereinbar!“

Für den ehemaligen Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Prof. Dr. Martin Hein, hätten die seit 2010 aufgedeckten Missbrauchsfälle zu einem großen Vertrauensverlust in die evangelische Kirche geführt. „Jeder Missbrauchsfall

ist ein Misstrauensfall und jeder Misstrauensfall verstärkt die Vertrauenskrise in die Kirche“, erklärte Hein. Viele Missbrauchsfälle in evangelischen Gemeinden und Einrichtungen seien oft zu spät erkannt und mit der Aufarbeitung erst 2020 mit der im Januar 2024 veröffentlichten „ForuM-Studie“ begonnen worden. Dadurch sei in der Öffentlichkeit der Eindruck von Intransparenz, mangelnder Aufarbeitung und fehlender Konsequenz entstanden.

Der Vertrauensverlust in Kirche und Glaube werde auch durch Studien belegt, nach denen etwa 80 % der Deutschen der Religion „überhaupt keine oder nur wenig Bedeutung zu messen“ und nur 4 % (kath.) bzw. 6 % (ev.) sich als gläubig und kirchennah fühlten. Eine Studie von November 2023 zeige, dass nur 9 % der Befragten der katholischen Kirche und immerhin 24 % der evangelischen vertrauten.

Auch wenn diese Zahlen ernüchternd und enttäuschend zugleich seien, so gebe es weiterhin hohe Erwartungen in der Gesellschaft an die Kirchen, erklärte der Altbischof:

- Ansehen als wichtige Instanzen gesellschaftlicher Orientierung (gegenüber einem radikalen Subjektivismus)
- Anbieter von Sinngabe und Gemeinschaftserfahrung
- Übernahme sozialer Verantwortung (z.B. Diakonie, Flüchtlingshilfe, Klimaschutz)
- Überzeugende Haltung zu ethischen Fragen

Aus Heins Sicht könne neues Vertrauen gewonnen, jedoch nicht erzeugt werden: „Wenn wir uns vergewissern, woraus die Kirche letztlich lebt, hinschauen, was die Menschen wirklich bewegt, verständlich durch Worte und Taten bezeugen, was uns durch Christus verheißen ist. Und dies nicht in der Attitüde der Besserwisserei: Mehr Demut! Wir sollten voll Vertrauen auf Gottes Beistand das tun, was wir tun können. Das ist mehr, als wir denken, neues Vertrauen in die Kirche ist möglich!“

Der Bundesgeschäftsführer des EAK, Pastor Christian Meißner, betonte in seinem Referat mit dem Thema „(neues) Vertrauen in die Politik der Volkspartei CDU“ die cardinale Bedeutung des Vertrauens der Menschen in die Politik. Auch wenn die CDU mit großem Abstand zu den anderen Parteien das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger bei der letzten Bundestagswahl erhalten habe, könne dieses Resultat nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weit von dem entfernt sei, was eigentlich die Zustimmungswerte für eine Volkspartei ausmache.

Für ihn ergebe sich daraus, dass die CDU den Menschen noch besser vermitteln müsse, dass sie sachkundig an die Probleme herangehe und glaubwürdige Antworten darauf gebe. Meißner: „Es sind lebendige Überzeugungen gefragt, Politik mit Vernunft zu gestalten, die immer auch die Bereitschaft erfordern, gute Kompromisse einzugehen.“ Seiner Ansicht nach, könne die CDU ihre Stellung als Volkspartei nur dann bewahren, wenn sie lebendig und nah bei den Menschen sei. „Wir müssen als CDU Verständnis für die Ambivalenzen des Lebens aufbringen, wenn gleich wir nicht alle auflösen können.“ Der richtige Kompass sei der, Politik aus dem christlichen Menschenbild heraus zu gestalten und dabei eine versöhnende und inklusive Haltung einzunehmen und stets nach den besten Lösungen zu suchen, getreu der Jahreslosung 2025: „Prüfet alles und behaltet das Gute.“

Michael Looß v. Hülst

Reformatorsche Impulse wirken auch noch heute

EAK der CDU diskutierte über Martin Luther

Kürzlich hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU (EAK), Kreisverband Rotenburg (Wümme), einen Vortrags- und Gesprächsabend im Gemeindehaus der Ev.-luth. Kirchengemeinde Scheeßel zum Thema „Reformatorsche Impulse für politisches und wirtschaftliches Handeln“ durchgeführt. EAK-Kreisvorsitzender Albert Rathjen (Bremervörde) konnte den Superintendenten des Kirchenkreises Rotenburg, Dr. Michael Blömer (Rotenburg), und Diplom-Wirtschaftsingenieur Kurt Müller (Hannover) als Referenten begrüßen.

Nach einem Grußwort des Scheeßeler CDU-Gemeindevorstandsvorsitzenden Günter Bassen hat Albert Rathjen in einem Impulsvortrag die Vorstellung vom Beruf bei Martin Luther erläutert. Ohne Zweifel sei das verantwortliche Handeln in der Welt durch die Reformatoren gefördert worden, „in dem sie die Aufspaltung in religiöses Handeln und weltliches Handeln hinterfragten. So veränderten sich ihre Vorstellungen von Arbeit“. Im Wort „Beruf“ klinge noch der ursprüngliche Arbeitssinn an. Das Wort „Beruf“ sei eng verwandt mit dem Wort „Berufung“. Im Mittelalter habe sich die Praxis durchgesetzt, als „Beruf“ nur geistliche Aufgaben zu sehen; so habe es nur für Priester und Ordensleute eine Berufung Gottes (vocatio Dei) gegeben. „Alle weltlichen Ämter standen im Ansehen darunter, waren eher nebensächlich“, so Rathjen. Luther habe der deutschen Sprache das Wort „Beruf“ geschenkt, er habe diesen Ausdruck säkularisiert.

Gerade das Mönchtum gelte bei Luther nicht als Beruf; der wahre Gottesberuf verwirkliche sich nach Ansicht Luthers innerhalb der Welt und in der Arbeit. So habe Luther jede Arbeit als Gottesdienst ansehen können. „Wenn ein jeder seinem Nächsten diene, dann wäre die Welt voll Gottesdienst. Ein Knecht im Stall wie der Knabe in der Schule dienen Gott“, sagte Luther in einer Predigt. Aus dem Verständnis der Rechtfertigung durch den Glauben bekomme Luther ein ganz anderes Berufsbild. Diese Sicht entspreche auch 1. Korinther 7, V. 20: „Ein jeder bleibe in der Berufung, darin er berufen wurde.“ Durch Gott werde der Mensch in den weltlichen Beruf berufen. „Damit wird auch deutlich, dass jede Tätigkeit – natürlich nur in Übereinstimmung mit dem Wort Gottes – als Arbeit für Gott ausgeübt wurde, genauso wie beispielsweise der vollzeitliche Dienst als Missionar oder Pastor“, sagte Rathjen.

Superintendent Dr. Michael Blömer hat zum Teilthema „Reformatorsche Impulse für politisches Handeln“ referiert. Luther hat sich nach den Worten des Referenten in die Politik eingemischt. „Als sich die Bauern 1524 gegen die drückende Herrschaft von Adel und Klerus erhoben, gingen sie davon aus, dass Luther an ihrer Seite sei“, betonte Blömer. Seine kämpferische Parole „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan“ sei von den Bauern allerdings missverstanden worden. Luther habe aber zunächst viel

Verständnis für die Forderungen der Bauern gehabt. „Als die Bauern gewaltsam gegen die Fürsten vorgingen, schwenkte der Reformator um. Er ergriff nun ganz und gar die Partei der Obrigkeit und forderte ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Bauern“, betonte Dr. Blömer. Die „Freiheit eines Christenmenschen“ könne man nach Luther nur auf den geistlichen und nicht auf den weltlichen Bereich beziehen. In seiner Schrift „Von weltlicher Obrigkeit. Wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei“ habe der Reformator mit seiner „Zwei-Regimenten-Lehre“ versucht, Kirche und Staat ihre jeweiligen Aufgaben zuzuordnen. Danach gebe es das Reich Christi und der göttlichen Gnade. Das sei der persönliche, der geistliche Bereich des Christen und der Bereich der Kirche. Hier seien die Gebote der Nächstenliebe, der Vergebung und der Gewaltlosigkeit gültig. „Diese Gebote Jesu gelten für den Christen im Umgang mit seinen Mitmenschen“, so der Referent.

Daneben gebe es das Reich der Welt. Das sei der weltliche Bereich der Politik, in dem staatliche Obrigkeiten von Gott dazu eingesetzt seien, für Recht, Ordnung und Frieden zu sorgen. Ohne staatliche Ordnung versinke das Land in Chaos und Anarchie. Damit Recht und Ordnung herrschen, müsse das Böse zur Not mit Gewalt eingedämmt werden. Luther berufe sich hier auf den Apostel Paulus, der im Römerbrief, Kapitel 13, sagt: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet. Darum: Wer sich der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt Gottes Anordnung. Die Obrigkeit ist Gottes Dienerin und vollzieht die Strafe an dem, der Böses tut.“ In diesem weltlichen Bereich könne man nun die Gebote der Bergpredigt nicht anwenden. Denn mit Gewaltlosigkeit lasse sich die Ordnung nicht aufrechterhalten. „Das Böse würde die Oberhand gewinnen über das Gute“, betonte Blömer.

Aber Luther habe die Fürsten ermahnt, nicht den eigenen Nutzen und die eigene Ehre zu suchen, sondern ihren Untertanen „in Liebe zu dienen“ und dafür zu sorgen, dass es ihnen gut gehe. Dazu solle der Fürst Gott um ein weises und verständiges Herz bitten, „damit er die Gesetze im einzelnen Fall in rechter Weise weder zu streng noch zu milde anzuwenden vermag“. Dabei solle er die Vernunft und den gesunden Menschenverstand einsetzen.

Für Christen gelte das Gebot Jesu von der Gewaltlosigkeit im persönlichen Bereich bzw. im Reich Gottes. Der Dienst an der Waffe im Auftrag der staatlichen Obrigkeit, also im Reich der Welt, sei für einen Christen allerdings sogar geboten, „wenn dadurch dem Bösen im Inneren gewehrt oder ein Feind von außen abgewehrt werden muss“.

Wie könne man Luthers Position zum Ukraine-Krieg beschreiben? Luther habe gesagt: „Wer Krieg anfängt, der ist im Unrecht.“

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Henning Aretz,
Barbara Becker, Dr. Burkhard Budde,
Christine Lieberknecht, David Müller

Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducu.de

Spenden-Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

Thomas Rachel MdB
Christian Meißner
Hans-Joachim Schwabe
Astrid Hake
Michael Looß v. Hülst
Albert Rathjen

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis

Titelbild S. 3–7: © EAK/Jens Schicke
S. 2 © Tobias Koch
S. 8 © Jakub Specjalski/istock
S. 8–9 © Vivre Espoir/Schwabe
S. 10 © IGphotography/istock
S. 11 © Astrid Hake
S. 12–13 © EAK/Daniel Janke
S. 15 © Albert Rathjen
S. 16 © Philip Steury/istock/

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise –
nur mit Genehmigung der Redaktion und
mit Quellenangabe gestattet. Ein Beleg-
exemplar wird erbeten. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge stellen die Meinung
des Verfassers dar, nicht unbedingt die
der Redaktion oder der Herausgeber.
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer
facebook-Seite!

 Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/11854-2509-1003



V.l.n.r.: EAK-Kreisvorsitzender Albert Rathjen, CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender Günter Bassen, Superintendent Dr. Michael Blömer, CDU-Kreis-schatzmeisterin Nicole Meyer, Diplom-Wirtschaftsingenieur Kurt Müller und CDU-Landtagsabgeordneter Eike Holsten

Ganz eindeutig hätte Luther nach Meinung von Dr. Blömer Putins Angriffskrieg verurteilt und den Ukrainern das Recht und die Pflicht zur Selbstverteidigung zugesprochen. „Insofern hätte Luther heute vermutlich auch eine militärische Ertüchtigung des Westens gegenüber Russland gefordert“, so der Referent.

Dr. Blömer ging dann noch auf die Bedeutung dieser Impulse für die Menschen ein. Nach seiner Meinung liege der Verdienst von Luther in der Unterscheidung der Aufgaben von Kirche und Staat. Vor allem sei die Aufgabenbeschreibung des Staates zeitlos: Obrigkeit solle für Frieden, Recht und Ordnung im Land sorgen. „Aber die Regierenden sollen vor allen Dingen den Menschen dienen und nicht ihren eigenen Interessen folgen. Nur Gesetzen, die sie in ihrem Glauben einschränken, müssen sie widerstehen“, so Dr. Blömer.

Diplom-Wirtschaftsingenieur Kurt Müller ist auf das Teilthema „Reformatorische Impulse für wirtschaftliches Handeln“ eingegangen. Martin Luther habe mehrere Schriften zum Wirtschaftsleben verfasst. Häufig sei er mit entsprechenden Anfragen konfrontiert worden. In seinen Ausführungen habe er moralische Rahmenbedingungen für das Wirtschaftsleben abgesteckt, „damit alle Beteiligten ihren Gewinn davon haben“. Auch auf diesem Feld seien die Gebote Gottes gültig. Verärgert habe er wahrgenommen, wie die inflationäre Vermehrung von Geiz und Wucher Menschen ins Elend treibe, „aber manche in kürzester Zeit zu Reichtum kommen“. Luthers Handlungsanweisungen zum Dienst am Nächsten seien vom Glauben bestimmt und durch ihn motiviert. Es gebe für ihn keinen Bereich, „in dem sogenannte Eigengesetzlichkeiten des Geldes, der Märkte und des Handels den Ton angeben könnten“. Martin Luther lehne das kaufmännische Prinzip „des höchsten erzielbaren Preises und des höchsten erzielbaren Zinses“ kompromisslos ab. Und bei der Preisbildung müsse man auch das Interesse und die Möglichkeiten des Käufers berücksichtigen. „Martin Luther erweist sich als Realist und setzt auf die funktionierende Wirtschaft des Marktes“, so Müller.



Meditation

Erntedankfest 2025

*„Brich dem Hungrigen dein Brot,
und die im Elend ohne Obdach sind,
führe ins Haus...“ (Jesaja 58, 7a)*



Deutlicher könnte der Prophet Jesaja die zum Himmel schreienden Gegensätze im Volke Israels nicht benennen: Während sich die einen in ihrer rein observanten Pseudo-Frömmigkeit für ihre religiöse Fastenleistung selbst beweihräuchern, hungern gleichzeitig neben ihnen all diejenigen ausgegrenzten Brüder und Schwestern, die ihr Leben in Leid, Not, Unfreiheit und bitterer Armut fristen müssen.

Auch bei uns, in den Wohlstands- und Wegwerfgesellschaften des Westens, feiern sich nicht wenige für ihren vorbildlich zur Schau getragenen frommen „Life-Style“ quasi selber ab, sei es für ihre vermeintlich rechte Bekenntnistreue, ihre links-politisch-woke Überlegenheitsattitüde oder ihr selbsternanntes höheres Moralapostolat. Und solche Geister übersehen bei ihrer wenig demütigen und eitel getriebenen Selbstinszenierung in der Regel das Wesentliche, nämlich den ganz konkreten, geschundenen und bedürftigen Nächsten, der schon direkt neben ihnen steht: „Sie suchen mich täglich und wollen gerne meine Wege wissen, als wären sie ein Volk, das die Gerechtigkeit schon getan und das Recht seines Gottes nicht verlassen hätte (...) Soll das ein Fasten sein, an dem ich Gefallen habe?“

Der globale Welthungerindex, der jedes Jahr neu erscheint, vermeldet auch heute noch rund 700 Millionen Menschen, die unter bitterstem Hunger und Unterernährung leiden müssen. Während manche bei uns, in den privilegierten Ländern der Nordhalbkugel, schon besonders stolz darauf sind, vorbildlich ihren Plastikmüll zu trennen, ihre Biotonnen adäquat zu befüllen und auf Fleisch aus artgerechter und ökologischer Tierhaltung zu achten, sterben im Süden zeitgleich Tausende von Menschen am bitteren Hungertod oder den Folgen von Unterernährung. Täglich sind es unfassbare 24.000 Menschen und 9 Millionen im Jahr!

Es ist zum Verzweifeln! Ja, auch ich habe hier keine befriedigende Antwort. Auch ich verdränge diesen Gedanken ganz oft, wenn ich wie selbstverständlich in den Kühlschrank greife. Aber so viel ist sicher: Jeder von uns, der sich die Zahlen dieses weltweiten humanen Dauerskandals auch nur gelegentlich vor Augen hält, der müsste eigentlich erst einmal in Schutt und Asche gehen, bevor er – in welchem alltäglichen Lebensbereich auch immer – mit dem moralisch überheblichen Zeigefinger politisch oder ethisch auf wen oder was auch immer verweist.

Das Erntedankfest erinnert uns daran: Wir können zutiefst dankbar für all das sein, womit Gott uns so reich im Leben beschenkt hat und täglich erhält. Denn nichts davon ist selbstverständlich. Und als unverdient Beschenkte sollten wir daher endlich auch das konsequente Teilen lernen und damit unseren geschundenen Nächsten ein Licht in der Finsternis werden.

Pastor Christian Meißner, EAK-Bundesgeschäftsführer